



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Klimaschutz, Umwelt und Ordnung am 01.12.2022**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal
Marktplatz 2
06108 Halle (Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:48 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Wolfgang Aldag	Stellvertretender Ausschussvorsitzender, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Anja Krimmling-Schoeffler	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Marion Krischok	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Steve Mämecke	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Andreas Scholtyssek	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Dörte Jacobi	Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Beate Gellert	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler, Vertreterin für Herrn Menke, Teilnahme bis 17.27 Uhr
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Yana Mark	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale)
Jens Breitengraser	Sachkundiger Einwohner
Torsten Doege	Sachkundiger Einwohner
Holger Krause	Sachkundiger Einwohner
Burkhard Lothholz	Sachkundiger Einwohner
Stefan Schulz	Sachkundiger Einwohner
Sabine Wolf	Sachkundige Einwohnerin
Jannik Balint	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 18.47 Uhr

Verwaltung

René Rebenstorf	Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Daniel Zwick	Leiter DLZ Klimaschutz
Tobias Teschner	Leiter Fachbereich Sicherheit
Steffen Johannemann	Leiter Abteilung Umweltrechtlicher Vollzug
Felix Bürger	Leiter Abteilung Objektbetreuung
Christin Blaßfeld	Stellvertretende Protokollführerin

Entschuldigt fehlten:

Alexander Raue	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Johannes Menke	Fraktion Hauptsache Halle & Freie Wähler
Anne-Marleen Müller-Bahlke	Sachkundige Einwohnerin
Arian Michael Sudau	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, **Herr Aldag**, eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu **Fragesteller 1 zum Haushalt 2023**

Fragesteller 1 bezog sich auf die Anfrage aus der Einwohnerfragestunde des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung vom 03.11.2022 und die dazu erfolgte schriftliche Antwort der Verwaltung.

Er bat erneut um Erklärung des Zustandekommens des ausgewiesenen Überschusses aus der Bewirtschaftung des Verpackungs-PPK-Anteils.

Herr Johannemann bat aufgrund der Komplexität der Thematik um schriftliche Übersendung der Fragestellung.

Fragesteller 1 sagte dies zu.

Da es keine weiteren Einwohnerfragen gab, beendete **Herr Aldag** die Einwohnerfragestunde.

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, **Herr Aldag**, eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsmäßige Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung fest.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Herr Aldag sagte, dass folgender Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zu nehmen ist:

TOP 5.2

Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Aufhebung des Beschlusses Grundsätze zur Parkraumbewirtschaftung in Halle (Saale) (Beschluss-Nr.: 97/I-29/533)
Vorlage: VII/2022/03903

→ **wird durch die antragstellende Fraktion vertagt**

Frau Gellert sagte, dass der Antrag vorerst bis Februar 2023 vertagt wird, jedoch erst behandelt werden soll, sobald das Mobilitätskonzept vorliegt.

Herr Aldag wies außerdem auf folgende Änderung hin:

TOP 5.3

Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Anreiz- und Belohnungssystemen für klimafreundliches Verhalten
Vorlage: VII/2022/04587

→ **Beschlussvorschlag wurde geändert**

Da es keine weiteren Wortmeldungen zur Tagesordnung gab, bat **Herr Aldag** um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 3.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.11.2022
4. Beschlussvorlagen
- 4.1. 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung)
Vorlage: VII/2022/04760
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße
Vorlage: VII/2022/03913
- 5.2. Antrag der Fraktion Hauptsache Halle & FREIE WÄHLER zur Aufhebung des Beschlusses Grundsätze zur Parkraumbewirtschaftung in Halle (Saale) (Beschluss-Nr.: 97/I-29/533)
Vorlage: VII/2022/03903
- 5.3. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Anreiz- und Belohnungssystemen für klimafreundliches Verhalten
Vorlage: VII/2022/04587
- 5.4. Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ermöglichung von Photovoltaikanlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden
Vorlage: VII/2022/04529
6. Mitteilungen
- 6.1. Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04918
7. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Anfragen der Stadträtin Marion Krischok (Fraktion DIE LINKE) zu Zulassungen für die Wochenmärkte und Sondernutzungen von Händler*innen
Vorlage: VII/2022/04816
8. Anregungen

V E R T A G T

9. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift
- 9.1. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.11.2022
10. Beschlussvorlagen
11. Anträge von Fraktionen und Stadträten
12. Mitteilungen
13. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
14. Anregungen

zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift

zu 3.1 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 03.11.2022

Herr Aldag wies darauf hin, dass die Niederschrift vom 03. November 2022 noch nicht zur Bestätigung vorliegt.

Abstimmungsergebnis: vertagt

zu 4 Beschlussvorlagen

**zu 4.1 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung)
Vorlage: VII/2022/04760**

Herr Teschner führte in die Beschlussvorlage ein, begründete diese und bat um Zustimmung.

Frau Jacobi sagte, dass sie keinen zwingenden Zusammenhang zwischen steigenden Abschusszahlen und einer steigenden Schwarzwildpopulation sieht. Sie fragte, welche Maßnahmen vorab ergriffen werden, um die Grundstücke ausreichend zu sichern, um nicht als erste Lösung den Abschuss der Tiere zu favorisieren

Herr Teschner antwortete, dass keine genauen Populationszahlen vorliegen, man dennoch davon ausgehen kann, dass aufgrund der milden Winter und der steigenden Abschusszahlen ein Anstieg der Population vorhanden ist. Zudem will man durch den Einsatz der Jäger eine bürger- und serviceorientierte Abhilfe schaffen, da sich viele der betroffenen Eigentümer hilflos fühlen.

Frau Thomann begrüßt die Maßnahme, da die letzten Jahre gezeigt haben, dass es in den Grenzgebieten immer wieder Konflikte zwischen Wild und Menschen gegeben hat. Ihrer

Meinung nach sollte zu der vorgeschlagenen Maßnahme weitere begleitenden Maßnahmen, wie beispielsweise Aufklärungskampagnen für betroffene Grundstückseigentümer, geben.

Zudem äußerte sie ihre Bedenken, dass zwei Jäger für die Bewältigung der steigenden Problematik nicht ausreichen und diese schnell überlastet sein werden. Des Weiteren wies sie auf ein Ausbildungsprogramm für städtische Jäger in Baden-Württemberg hin und regte an, dass die haleschen Jäger auch die Möglichkeit haben sollten, dieses Ausbildungsprogramm zu absolvieren. Sie fragte, wie die Jäger rechtlich abgesichert sein werden, wie viele Drückjagden jährlich durchgeführt werden und ob es eine Möglichkeit gibt, die Anzahl der Jäger zu erhöhen.

Herr Teschner antwortete, dass die Aussagen von Frau Thomann nicht gegen die Beschlussvorlage sprechen und bat daher um Zustimmung, um mit der Maßnahme beginnen zu können. Alle weiteren Maßnahmen können natürlich besprochen werden, immer in Anbetracht der finanziellen Folgen. Er verwies auf eine vergangene Anfrage im Stadtrat zu den Drückjagden.

Herr Lothholz fragte, welche Aufgabe die Jäger bezüglich der Hilfe für Grundstückseigentümer übernehmen werden. Zudem stimmte er der Aussage von Frau Thomann zu, dass die Jäger eine Ausbildung absolvieren sollten, vor allem, wenn sie in befriedeten Bereichen jagen.

Herr Teschner antwortete, dass die Jäger den Grundstückseigentümer beratend zur Verfügung stehen oder auch auf den Grundstücken vorrangig mithilfe von Fallen jagen werden. Weiterhin betonte er, dass man für die Jagd in befriedeten Bereichen einer Sondergenehmigung benötigt.

Frau Dr. Burkert befürwortete die Vorlage der Stadtverwaltung. Sie fragte, ob es eine Koordinationsstelle/ Telefonstelle für Wildvorfälle gibt und ob Jagden vorab durch Markierungen oder ähnliche Begrenzungen abgesichert werden. Weiterhin fragte sie, ob es vergleichbare Städte gibt und wie viele Jäger dort zum Einsatz kommen.

Herr Teschner antwortete, dass eine Vergleichbarkeit zu anderen Städten nicht wirklich möglich ist. Die telefonische Erreichbarkeit ist noch mit den Ehrenämtern zu besprechen. Grundsätzlich liegt die Sicherung der Jagdgebiete bei den Jägern. Oftmals werden Hinweisschilder aufgestellt.

Frau Gellert sagte, dass ihre Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung folgen wird.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Aldag** um Abstimmung der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis SKE:

einstimmig zugestimmt
(5 Ja / 0 Nein / 2 Enthaltungen)

Abstimmungsergebnis SR:

einstimmig zugestimmt
(9 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung)

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Bürgerinnen und Bürger (Entschädigungssatzung).

zu 5 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 5.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Prüfung einer behindertengerechten Toilette in der Sternstraße** **Vorlage: VII/2022/03913**

Frau Krischok brachte den Antrag ihrer Fraktion ein, begründete diesen und bat um Zustimmung.

Herr Rebenstorf sicherte eine Berichterstattung zum Sachstand der Förderung der Toilette auf der Ziegelwiese im Planungsausschuss zu.

Herr Bürger ergänzte, dass es zurzeit Abstimmung gemeinsam mit dem Teilhabemanagement dem Behindertenbeauftragten zur Umsetzung von Barrierefreiheit von Toiletten und möglichen Förderungen gibt. Auch soll es dazu eine Priorisierung von Objekten geben.

Frau Mark sagte, dass ihre Fraktion das Anliegen des Antrags teilt. Dennoch kann sie dieser Beschlussfassung, unter Einbeziehung der Beteiligung der Gastronomen, nicht zustimmen und wird sich daher enthalten. Sie regte eine Streichung der Textpassage an, da dieser durch die Stellungnahme der Verwaltung als erledigt betrachtet werden kann.

Herr Rebenstorf sagte, dass er nach Rücksprache mitteilen kann, dass die baufachliche Prüfung der Toilette auf der Ziegelwiese durch den BLSA. Geplant ist eine Fertigstellung für 2023 und eine Inbetriebnahme für 2024.

Herr Aldag bezog sich auf die Aussage von Frau Mark und teilte ebenfalls die Bedenken der Textpassage im Antrag und schlug vor, den Antrag insoweit umzuformulieren, das die Errichtung einer Toilettenanlage in der Sternstraße in die Toilettenkonzeption mit aufzunehmen ist. Daher wird sich seine Fraktion bei einer Abstimmung in der jetzigen Beschlussfassung ebenfalls enthalten.

Frau Krischok sagte, dass die Bedenken nachvollziehen kann. Eine Änderung des Antrags wird nochmal überdacht.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Aldag** um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich zugestimmt**
(4 Ja / 1 Nein / 2 Enthaltungen)

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich zugestimmt**
(4 Ja / 2 Nein / 3 Enthaltungen)

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten in ~~Abprache mit den Gastronomen~~ der Sternstraße (**Kneipenmeile**) bestehen, um eine barrierefreie, behindertengerechte Toilette in der Sternstraße vorzuhalten.

Dabei sollte auch die Variante der Aufstellung einer behindertengerechten Toilette außerhalb der gastronomischen Einrichtungen geprüft werden, deren Benutzung beispielsweise durch einen Euroschlüssel geregelt werden könnte.

Zu prüfen wäre dabei ebenfalls, ob der entstehende finanzielle Aufwand auch durch die Beteiligung der Gastronomen und /oder Fördermittel gesichert werden könnte.

Eine Bereitstellung von finanziellen Mitteln durch Stiftungen oder Sponsoren wäre ebenfalls zu prüfen.

zu 5.3 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Prüfung von Anreiz- und Belohnungssystemen für klimafreundliches Verhalten
Vorlage: VII/2022/04587

Frau Dr. Burkert brachte den Antrag der SPD-Fraktion ein, begründete diesen und bat um Zustimmung.

Herr Zwick verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung.

Herr Balint äußerte seine Verwunderung über den Zusammenhang zwischen dem Kultur-Token und dem Antrag. Das Vorbild des Kultur-Tokens hat gegenüber dem Antrag eine andere Zielsetzung. Seiner Meinung nach sollte die Lösung darin liegen, gute Möglichkeiten der Mobilität zu schaffen.

Herr Lothholz sagte, dass es andere Maßnahmen in Österreich gibt, die auf die Stadt Halle (Saale) übertragen werden können. Ein Belohnungssystem ist seiner Meinung nach nicht Vorzugsvariante.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, bat **Herr Aldag** um Abstimmung des Antrages.

Abstimmungsergebnis SKE: **mehrheitlich abgelehnt**
(1 Ja / 5 Nein / 1 Enthaltung)

Abstimmungsergebnis SR: **mehrheitlich abgelehnt**
(1 Ja / 6 Nein / 2 Enthaltungen)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, nach dem Vorbild der „Kultur-Token“ in der Stadt Wien Anreiz- und Belohnungssysteme für klimafreundliches Verhalten zu prüfen. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Stadtrat im ~~November 2022~~ **März 2023** vorzulegen.

zu 5.4 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Ermöglichung von Photovoltaikanlagen auf denkmalgeschützten Gebäuden
Vorlage: VII/2022/04529

Frau Mark brachte den Antrag ihrer Fraktion ein, begründete diesen und bat um Zustimmung.

Herr Rebenstorf sagte, dass die Notwendigkeit des Antrags nicht gegeben ist, da die Stadt Halle (Saale) hier keinen Regelungsbedarf sieht. 86 % der halleschen Dächer fallen nicht unter den Denkmalschutz und benötigen daher auch keine denkmalrechtliche Genehmigung. Bei den verbleibenden 14 Prozent, wurde in 80 Prozent der eingegangenen Anträge eine Genehmigung zur Installation von Photovoltaikanlagen ausgesprochen.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, wann das Solar- und Gründachkataster fertiggestellt ist und wann mit Ergebnissen der Prüfung gerechnet werden kann. Des Weiteren sagte sie, dass sie sich der Einschätzung der Stadtverwaltung anschließen kann. Ihrer Meinung nach gibt es größeren Handlungsbedarf bei anderen Dachflächen, wie beispielsweise bei Schuldächern.

Herr Zwick antwortete, dass das Kataster voraussichtlich im ersten Quartal 2023 veröffentlicht werden kann. Wenn dann Gebäude, die unter den Denkmalschutz fallen, im Kataster angeklickt werden, erscheint der Hinweis, dass diese Gebäude eine gesonderte Prüfung durchlaufen müssen. Sollte es bereits geprüfte Dächer geben, bei denen eine Installation nicht möglich ist, werden diese im Kataster entsprechend gekennzeichnet.

Frau Mark fragte, inwiefern die Stellungnahme der Verwaltung gegen den Antrag spricht.

Herr Rebenstorf sicherte eine Berichterstattung im kommenden Planungsausschuss, über die Gesetzlichkeiten auf Landesebene, zu.

Herr Krause sagte, dass er der Stellungnahme der Verwaltung folgen wird. Weiterhin sagte er, dass die Bedeutung der geothermischen Nutzung zunimmt und er würde sich wünschen, dass im Kataster ebenfalls mit abzubilden.

Herr Aldag schloss sich ebenfalls der Argumentation der Verwaltung an.

Frau Jacobi merkte an, dass es eine solche Reform bereits auf Landesebene gibt.

Herr Rebenstorf sagte, dass der fachlich zuständige Mitarbeiter im kommenden Planungsausschuss darüber berichten wird.

Frau Mark vertagte im Folgenden den Antrag im Namen ihrer Fraktion.

Abstimmungsergebnis: **vertagt**

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, Informationen für private und kommerzielle Immobilienbesitzer in verständlicher Form bereitzustellen, in welchen Fällen der Denkmalschutz der Installation einer Photovoltaikanlage nicht entgegensteht. Dies ist spätestens innerhalb des ersten Quartals 2023 umzusetzen.
2. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert aufzuzeigen, welche konkreten kommunalen Regelungen die Installation von Photovoltaikanlagen behindern. Die Ergebnisse sind spätestens zwei Monate nach Beschlussfassung im Stadtrat vorzulegen.
3. Die Stadt möge sich darüber hinaus bei der Landesregierung für eine Novellierung und Öffnung des Denkmalschutzgesetzes einsetzen, insbesondere um die Installation von Photovoltaikanlagen auf Dächern denkmalgeschützter Gebäude zu ermöglichen.

zu 6 Mitteilungen

zu 6.1 Informationen zu aktuellen Baumfällungen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VII/2022/04918

Herr Aldag sagte, dass in der Spalte „Bescheid vom“ immer die Daten fehlen. Er fragte, ob in diesen Fällen noch kein Bescheid erstellt wurde.

Herr Johannemann bejahte dies. Zudem ergänzte er, dass es Wunsch der Mitglieder des Ausschusses war, die Bäume aufzulisten, die von größerem Interesse sind.

Herr Aldag bezog sich auf die Fällung 1470 und fragte, ob es möglich ist, Maßnahmen zu ergreifen, die den Wurzelbereich schützen können und so eine Fällung verhindern können.

Herr Johannemann antwortete, dass die Standsicherheit der Bäume nach dem Abbruch voraussichtlich nicht mehr gegeben ist.

Herr Aldag regte an, nochmal Maßnahmen zu prüfen, um eine Fällung der Bäume zu verhindern.

Herr Johannemann sicherte zum genannten Fall eine schriftliche Mitteilung zu, um die Situation besser beurteilen zu können.

Frau Dr. Burkert bezog sich auf die Fällung im Advokatenweg und fragte, ob es vorstellbar ist, dass man Bauherren, die im Zuge von Baumaßnahmen Bäume fällen, dazu verpflichtet, an derselben Stelle der Fällung wieder Ersatzpflanzungen vorzunehmen.

Herr Johannemann antwortete, dass die Ersatzpflanzungen immer auf dem Baugrundstück erfolgen müssen. Im konkreten Fall wird es an dem genauen Standort des alten Baumes nicht gehen, da dort gebaut wurde.

Frau Dr. Burkert fragte, ob andere Kommunen Vorgaben haben, bei denen die Ersatzpflanzungen an derselben Stelle erfolgen müssen, wo der ursprüngliche Baum stand.

Herr Johannemann sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 7.1 Anfragen der Stadträtin Marion Krischok (Fraktion DIE LINKE) zu Zulassungen für die Wochenmärkte und Sondernutzungen von Händler*innen Vorlage: VII/2022/04816

Die Antwort der Verwaltung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Herr Schulz zur Beleuchtung am Riebeckplatz

Herr Doege stellte eine vorab schriftlich eingereichte Anfrage zur Beleuchtung am Riebeckplatz:

Wie auf den beigefügten Fotos zu erkennen ist, ist in den frühen Morgenstunden der Riebeckplatz lediglich auf der Westseite ausreichend beleuchtet. Die Ostseite in Richtung Bahnhof ist dunkel, bzw. nur unzureichend beleuchtet. An einem Kriminalitätsschwerpunkt (Waffenverbotszone) sollte dies nicht so sein.

- 1. Sind die Leuchten lediglich defekt und wenn ja, wann ist mit der Reparatur zu rechnen?*
- 2. Ist dies eine Energiesparmaßnahme?*

Herr Rebenstorf antwortete, dass es sich um keine Energiesparmaßnahme handelt. Hierbei handelt es sich um einen Defekt. Die Technik der Leuchten ist nicht mehr verfügbar, da das Unternehmen nicht mehr existent ist. Derzeit wird geprüft, wie diese Technik ausgetauscht werden kann.

Herr Doege merkte an, dass der Platz durch die defekte Beleuchtung sehr dunkel ist und daher eine schnelle Lösung gefunden werden sollte.

zu 7.3 Frau Krischok zur Stelle "Koordinator/in Präventionsrat"

Frau Krischok stellte eine vorab schriftlich eingereichte Anfrage zum Präventionsrat:

Hat die Koordinatorin für den Präventionsrat heute ihre Arbeit aufgenommen?

Herr Teschner bejahte dies.

zu 7.4 Frau Krischok zu einer Akteneinsicht

Frau Krischok stellte eine vorab schriftliche eingereichte Anfrage zu Akteneinsicht:

Wann kann die Akteneinsicht zu Sondernutzungen (s. Stadtrat September) stattfinden?

Herr Teschner schlug den 19.12.2022 als möglichen Termin vor und sagte, dass dieser der Fraktion noch schriftlich mitgeteilt wird.

zu 7.5 Frau Jacobi zur Mülltrennung in der Verwaltung

Frau Jacobi bezog sich auf eine Beantwortung der Verwaltung zu der Anfrage zur Mülltrennung im vergangenen Stadtrat und fragte, ob das Stadthaus bereits über eine vollständige Mülltrennung verfügt. Zudem wurden nur drei Schulstandorte aufgeführt, die aktuell eine vollständige Mülltrennung haben. Hier bat sie um eine Stellungnahme.

Herr Bürger antwortete, dass das Stadthaus auch bei der Mülltrennung mitberücksichtigt wird. Die Mülltrennung in den Schulen wird nicht mit der Stadtverwaltung abgestimmt. Hier wurden Schulen aufgeführt, die das aus eigener Initiative umsetzen. Derzeit wird für die Schule Kastanienallee ein Pilotprojekt zur Mülltrennung entwickelt. Er schlug vor, die Ergebnisse dieses Pilotprojekts im Ausschuss vorzustellen.

zu 7.6 Frau Jacobi zur Fällmittelknappheit bei Klärwerken

Frau Jacobi berichtete, dass der Presse zu entnehmen war, dass im Zuge des Energiepreisanstiegs ein Viertel der deutschen Kläranlagen Lieferausfälle bei den Fällmitteln verzeichnet. Sie fragte, ob die Kläranlage in Halle-Nord auch Beschaffungsprobleme gemeldet hat.

Herr Johannemann antwortete, dass die Fällmittelknappheit alle Abwasserentsorgungen betrifft, auch Halle (Saale). Derzeit muss man auf Ersatzmittel und Chemikalien ausweichen, die nicht so wirksam sind. Man orientiert sich aktuell an einer sparsamen Dosierung, mit der Konsequenz, dass nicht alle Grenzwerte eingehalten werden können.

Frau Jacobi fragte, ob man auch auf biologische Mittel zurückgreifen kann.

Herr Johannemann verneinte dies.

zu 7.7 Frau Jacobi zu Baumfällungen im Wildentenweg

Frau Jacobi berichtete, dass durch die Bürgerinitiative Wildentenweg ein Hinweis an die Fraktion herangetragen wurde. Auf dem Baufeld am Sandbirkenweg/ Wildentenweg finden bereits Baufeldfreimachungen statt. Sie bat um Stellungnahme.

Herr Rebenstorf antwortete, dass das hier nichts mit dem Sandbirkenweg zu tun hat. Das Baugebiet befindet sich im Wildentenweg und die Bäume befinden sich nicht im Eigentum der Stadt Halle (Saale). Er sicherte eine Prüfung zu.

zu 7.8 Frau Dr. Burkert zum Areal Gravo Druck

Frau Dr. Burkert berichtete, dass Bürger der Adolf-von-Harnack-Straße die Sorge haben, dass es zu mehr Autoverkehr aufgrund der Bauten mehrerer neuer Wohnungen kommen wird und baten um einen Vorort-Termin mit der SPD-Fraktion. Sie fragte, ob die Stadtverwaltung auch an diesem Termin teilnehmen könnte.

Herr Rebenstorf antwortete, dass es bereits Gespräche zwischen dem Bauherrn und der Nachbarschaft gibt. Bei Bedarf werden diese Gespräche durch die Stadtverwaltung begleitet. Aktiv wird die Stadtverwaltung nicht das Gespräch suchen. Er wies darauf hin, dass der Investor eine rechtskräftige Baugenehmigung hat.

zu 7.9 Frau Dr. Burkert zur Herweghstraße

Frau Dr. Burkert berichtete, dass auf der Ecke Herweghstraße/ Rembrandtstraße ein Verkehrsschild auf dem Fußweg liegt. Sie fragte aufgrund eines Hinweises einer Bürgerin, wann dieses Verkehrsschild an seinem ursprünglichen Ort wieder installiert wird. Des Weiteren berichtete sie, dass es im oberen Bereich der Herweghstraße mehrere Schlaglöcher gibt und fragte, wann diese beseitigt werden.

Auch für die Schopenhauer Straße, Höhe des Spielplatzes, gab es den Hinweis, dass dort viel nasses Laub liegt. Sie fragte, wer für die Beseitigung des Laubes verantwortlich ist.

Herr Rebenstorf sicherte eine schriftliche Prüfung und Beseitigung möglicher Unfallquellen zu. Er bat die Information ihm zeitnah nochmal per E-Mail zur Verfügung zu stellen.

zu 7.10 Frau Dr. Burkert zur Toilettensituation auf dem Weihnachtsmarkt

Frau Dr. Burkert bezog sich auf die Toilettensituation auf dem Weihnachtsmarkt und fragte, ob das Marktschlösschen noch geschlossen ist, wenn ja, wann mit einer Wiedereröffnung zu rechnen ist. Zudem ist ihr aufgefallen, dass das Marktschlösschen noch immer als Toilette ausgeschildert ist, was bei einer Schließung zu Verwirrung führen kann.

Des Weiteren fragte sie, ob die Toilette im Ratshof öffentlich zugänglich ist. Ihrer Meinung nach ist die Nutzung der Toilette auf dem Marktplatz mit einem Euro ziemlich teuer. Sie fragte, ob eine Reduzierung der Kosten möglich ist.

Herr Bürger antwortete, dass das Marktschlösschen wieder aufgebaut werden soll, aber derzeit geschlossen ist. Der Toilettencontainer auf dem Marktplatz steht bis zum März 2023 zur Verfügung. Während des Weihnachtsmarkts wird der Container direkt durch den Betreiber betreut, sodass hier kein Einfluss auf die Preise genommen werden kann. Nach dem Weihnachtsmarkt geht der Betrieb wieder an die Reinigungskräfte aus dem Marktschlösschen über. Damit ist eine kostenlose Nutzung der Toiletten wieder gegeben. Ein Abkleben der Ausschilderung des Marktschlösschens ist möglich. Zur Toilette im Ratshof sagte er, dass diese den Besucherinnen und Besuchern des Ratshofes zur Verfügung steht.

zu 7.11 Frau Krimmling-Schoeffler zum Beschluss zum Konzept zur Abfallvermeidung

Frau Krimmling-Schoeffler bezog sich auf den Stadtratsbeschluss zur Erstellung eines Konzeptes zur Abfallvermeidung. Sie fragte nach der zugesicherten Berichterstattung zum Zwischenstand im vierten Quartal 2022.

Herr Johannemann antwortete, dass eine Berichterstattung im ersten Quartal 2023 erfolgt.

zu 7.12 Frau Krimmling-Schoeffler zum Workshop Teichstraße

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, ob die Fällungen in der Teichstraße vollzogen werden müssen, obwohl sich der Investor zurückgezogen hat.

Herr Rebenstorf antwortete, dass die Markierungen der Bäume einer Bestandsaufnahme zugrunde lagen. Ein aktueller Sachstand wird nochmal vom Investor abgefordert.

Frau Krimmling-Schoeffler fragte, ob es für die Bäume schon Fällgenehmigungen gab.

Herr Rebenstorf verneinte dies.

zu 7.13 Frau Wolf zur Eingriffsausgleichsbilanzierung im B-Plan-Verfahren

Frau Wolf fragte, in welcher Planungsphase der Bestand von Grünstrukturen in einem Bebauungsgebiet aufgenommen wird.

Herr Rebenstorf sicherte eine Berichterstattung im kommenden Planungsausschuss zu; auch zu der vorangegangenen Frage von Frau Krimmling-Schoeffler.

zu 7.14 Frau Thomann zur Baumschutzsatzung

Frau Thomann berichtete, dass im Naturschutzbeirat die Stellungnahmen aus der Bevölkerung zur Baumschutzsatzung vorgestellt und diskutiert wurde. Sie fragte, ob die Stellungnahmen auch dem Ausschuss zur Verfügung gestellt werden können. Des Weiteren äußerte sie ihren Unmut über die lange Bearbeitungszeit der Baumschutzsatzung.

Herr Johannemann antwortete, dass mit der Einarbeitung der Stellungnahmen in die neue Baumschutzsatzung vor Sommer 2023 zu rechnen ist.

zu 7.15 Frau Thomann zu einer Stellungnahme des Waldbeirates zum Haushalt 2023

Frau Thomann sagte, dass es eine neue Stellungnahme des Waldbeirates zum Haushalt 2023 gibt, in der darauf hingewiesen wird, dass die angesetzten Haushaltsmittel nicht für die Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen reichen. Sie bat diese Stellungnahme dem Stadtrat für die Haushaltsberatungen zur Verfügung zu stellen.

Herr Johannemann sicherte eine Prüfung zu.

zu 7.16 Frau Thomann zum Haushalt 2023

Frau Thomann bezog sich auf die kürzlich noch freigewordenen Haushaltsgelder für den Kulturbereich und fragte, weshalb es solche Gelder nicht auch für Kleinmaßnahmen im Umweltbereich gibt.

Herr Rebenstorf gab zu bedenken, dass im ersten Haushaltsentwurf bereits ein Plus im Grünflächenbereich verzeichnet war.

zu 7.17 Herr Aldag zu Beschädigungen aufgrund einer Baumaßnahme in Heide-Süd

Herr Aldag berichtete, dass im Zuge der Baumaßnahme in Heide-Süd Bäume und Sträucher in Mitleidenschaft gezogen wurden. Er fragte, wer für die Ersatzpflanzungen aufkommt.

Herr Rebenstorf antwortete, dass der Schadensverursacher für die Beseitigung von Missständen verantwortlich ist. Er sicherte eine Prüfung des konkreten Falls zu.

zu 7.18 Herr Aldag zu Baumfällungen am Kinderdorf in Halle-Neustadt

Herr Aldag berichtete von umfangreichen Baumfällungen rund um das Kinderdorf in Halle-Neustadt und bat um eine Berichterstattung dieser Maßnahme.

Herr Johannemann sicherte eine Berichterstattung zu.

zu 7.19 Herr Aldag zum 24-Stunden-Dienst des Ordnungsamtes

Herr Aldag fragte, mit wie vielen Mitarbeitern das Ordnungsamt in den Nachtstunden besetzt ist.

Herr Teschner antwortete, dass die Besetzung an den Wochentagen variiert. Derzeit erfolgen weitere Einstellungen, sodass die Besetzung perspektivisch steigen wird. Bei verstärktem Anrufaufkommen ist eine längere Wartezeit nicht zu vermeiden.

Herr Aldag fragte, ob es eine Mindestbesetzung in den Nachtstunden geben wird.

Herr Teschner antwortete, dass mindestens mit 4 Personen in der Nachtschicht geplant wird.

zu 7.20 Frau Jacobi zur Einführung von großen Mülltonnen

Frau Jacobi fragte, ob es Erfahrungswerte zur Einführung der großen schwarzen Mülltonnen in der Innenstadt gibt. Es gab Hinweise aus der Bevölkerung, dass sich Kinder vor diesen Tonnen fürchten und Angst haben, dass ihnen die Hände abgebissen werden.

Herr Teschner antwortete, dass noch keinem Kind die Hände abgebissen wurden.

zu 7.21 Herr Krause zu Beschwerden in Bezug auf die Lichterwelten

Herr Krause fragte, inwiefern Beschwerden über Lautstärke der Veranstaltung Lichterwelten in der Stadtverwaltung eingegangen sind, welche Form der Kommunikation zwischen dem Zoo, der Stadtverwaltung und den Anwohnern besteht und welche Auflagen muss der Zoo bezüglich der Lautstärke bei Veranstaltungen berücksichtigen und wie wird die Einhaltung dieser Auflagen kontrolliert.

Herr Teschner antwortete, dass ihm aktuell keine Beschwerde bekannt ist. Regelmäßig gibt es Kontrollen des ruhenden Verkehrs, aufgrund des vermehrten Andrangs bei Veranstaltungen. Auflagen bezüglich des Lautstärkepegels bei Veranstaltungen im Zoo gibt es nicht.

zu 7.22 Herr Krause zur Einsatzlage beim Ordnungsamt

Herr Krause fragte, welche Art von Einsätzen vorrangig in der Nachtschicht gefahren werden müssen.

Herr Teschner antwortete, dass der Schwerpunkt bei der Lärmbelästigung liegt.

zu 7.23 Herr Krause zum Leitbild für den städtischen Wald

Herr Krause berichtete, dass der Waldbeirat neue Leitlinien verabschiedet hat und fragte, wann diese dem Ausschuss vorgestellt werden.

Herr Johannemann antwortete, dass das Leitbild für den städtischen Wald Ende 2023 vorgestellt werden soll. Das Leitbild wurde noch nicht verabschiedet.

zu 7.24 Herr Krause zur innovativen Verkehrsflusssteuerung

Herr Krause bezog sich auf die Evaluation für eine innovative Verkehrsflusssteuerung und fragte nach den Ergebnissen. Des Weiteren fragte er, ob die 40 Ampeln bezüglich der Nachhaltigkeit und Verkehrsflusssteuerung auch evaluiert wurden.

Herr Rebenstorf sicherte eine Prüfung zu.

zu 7.25 Herr Lothholz zum Areal Gravo Druck

Herr Lothholz bezog sich auf das Notstromaggregat, welches am Gravo Druck installiert wurde und fragte, ob der Stadtverwaltung Beschwerden zur erhöhten Lautstärke dieses Aggregats bekannt sind.

Herr Teschner sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

zu 8 Anregungen

zu 8.1 Frau Jacobi zur Verkehrssicherheit in der Liebenauer Straße

Frau Jacobi regte die Errichtung eines Zebrastreifens oder die Prüfung anderer Sicherheitsmaßnahmen im Zuge der Baumaßnahme in der Liebenauer Straße an, um die Verkehrssicherheit der Schüler zu erhöhen.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Frau Jacobi zur Verkehrssicherheit des Schulweges der Grundschule "Am Ludwigsfeld"

Frau Jacobi regte an, die Ampelschaltung an der Grundschule Am Ludwigsfeld so umzustellen, dass der Schülerfußverkehr bevorzugt wird.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Frau Jacobi zur Sauberkeit im Stadtpark

Frau Jacobi regte an, die Sauberkeit im Stadtpark zu prüfen und aus Totholz eine Sitzmöglichkeit zu installieren.

Die Anregung wurde zur Kenntnis genommen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, beendete **Herr Aldag** die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Wolfgang Aldag
Stellvertretender Ausschussvorsitzender

Christin Blaßfeld
Stellvertretende Protokollführerin